

Bundesarbeitstagung 2010 – SELBST-STÄNDIG LERNEN

Im November 2010, genauer am 12. und 13., findet die zweite GGG-Bundesarbeitstagung statt. Wir sind in der Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule in Berlin (Moabit) zu Gast. Der alle zwei Jahre stattfindende Bundeskongress hat einen bildungspolitischen Schwerpunkt, gibt einen Überblick über den Stand der pädagogischen Arbeit in Gesamtschulen und anderen integrativ arbeitenden Schulen; hat einen regionalen Schwerpunkt bei Schulbesuchen und will Ausblicke in unsere Nachbarländer vermitteln. Die Bundesarbeitstagung stellt ein aktuelles pädagogisches Thema in den Vordergrund: Schulen und Projekte stellen ihre Ideen und Arbeitsergebnisse vor und zur Diskussion.

Anliegen der Bundesarbeitstagung ist das Präsentieren und der Austausch von Erfahrungen sowie die Weiterentwicklung der Praxis für eine Pädagogik, die jedem Kind und Jugendlichen gerecht wird. Diese Idee folgt der Überzeugung, dass die richtige, nämlich die integrative/inklusive Struktur der Schule ergänzt und mit Leben erfüllt werden muss durch eine Pädagogik der Anerkennung und der Respektierung des individuellen Lernprozesses jedes Lernenden.

Wir laden Sie ein zur zweiten Bundesarbeitstagung. Anmeldungen ab 15.09.2010 über die Web-Seite der GGG: www.ggg-bund.de.

EINLADUNG ZUR GGG-MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2010

am Samstag, 13.11.2010, 16 bis 18 Uhr

Heinrich-von-Stephan-Schule
Neues Ufer 6, 10553 Berlin (Moabit)

Tagesordnung

0. Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
1. Wahl der Versammlungsleitung und der Mandatsprüfungskommission
2. Bestellung der Protokollant/innen
3. Genehmigung / Änderung der Tagesordnung
4. Genehmigung / Änderung des Protokolls der MV 2009
5. Bericht des Bundesvorstandes
6. Kassenbericht 2009
7. Revisionsbericht 2009
8. Aussprache zu den Berichten
9. Haushaltsplan 2010, Finanz- und Mitgliederentwicklung
10. Entlastung des Bundesvorstandes
11. Inhaltliche Positionierung der GGG zur Entwicklung der „Bildungsstruktur“ in den Ländern
12. Vorstellung der Projekts „GGG-Akademie“
13. Anträge (Antragsschluss: 15.10.2009)
Antrag des BV: Zeitliche Befristung von reduzierten Beiträgen
14. Verschiedenes

Die Tagung gliedert sich inhaltlich in drei Abschnitte

1. die Schul-Präsentationen
2. die Arbeitsgruppen
3. das abschließende Referat

Die Schul-Präsentationen dienen dazu, die in den Arbeitsgruppen vortragenden Schulen vorzustellen. Zwei der Schulen stellen sich ausführlicher im Plenum vor. In den anschließenden Kurzpräsentationen haben die übrigen Schulen Gelegenheit sich darzustellen und dabei den Stellenwert des Themas zu beleuchten, das in der AG ausführlicher behandelt wird. Diese Kurzpräsentationen erfolgen in zwei Durchgängen. Jeder Teilnehmer hat so Gelegenheit, sich über vier Schulen zu informieren: die beiden im Plenum vorgestellten Schulen und die beiden Schulen aus den Kurzpräsentationen.

Die Arbeitsgruppen behandeln das angekündigte Thema, ohne dass auf die Verankerung des Themas in der Schule noch in besonderer Weise eingegangen werden muss (siehe Schul-Präsentationen). Die Arbeitsgruppen werden in zwei gleichartigen Durchgängen (Freitag Nachmittag und Samstag Vormittag) durchgeführt. Jeder Teilnehmer hat so Gelegenheit, an zwei verschiedenen Arbeitsgruppen teilzunehmen. Das die Bundesarbeitstagung abschließende Referat stellt Bezüge her zwischen dem Tagungs-Thema und bildungspolitischen sowie schulstrukturellen Entwicklungen.

Anmeldung

Anmeldung auf der Website der GGG: www.ggg-bund.de ab 15.09.2010. Die Anmeldung wird wirksam mit dem Eingang des Teilnahmebeitrages auf dem Konto der GGG. (Kto.-Nr. 40001927, Sparkasse Leer Wittmund, BLZ 285 500 00).

Teilnahmebeitrag

Der Teilnahmebeitrag ist 60,- EUR, GGG-Mitglieder zahlen 30,- EUR. Bis zu drei Angehörige eines korporativen Mitgliedes (Schule) zahlen den Teilnehmerbeitrag für GGG-Mitglieder. Wer anlässlich der Bundesarbeitstagung in die GGG eintritt, kann an der Tagung kostenlos teilnehmen.

Bundesarbeitstagung 2010 – SELBST-STÄNDIG LERNEN

Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule, Neues Ufer 6, 10553 Berlin (Moabit)

Programm

Freitag, 12. November 2010

- ab 11.30 Ankommen bei Kaffee, belegten Brötchen und Kuchen
- 12:00-12:30 Begrüßung
- 12:30-13:30 Die Jenaplan-Schule Jena Britta Müller, Jenaplan-Schule Jena
- 13:30-14:00 Pause bei Getränken und Snacks
- 14:00-14:30 Die Heinrich-von-Stephan-Schule Jens Großpietsch, Heinrich-von-Stephan-Schule
- 14:40-15:00 Schulpräsentationen Die Schulen, die Arbeitsgruppen anbieten, stellen ihr Konzept vor,
- 15:10-15:30 (Zwei Durchgänge) in das sich das selbst-ständige Lernen einbettet. (s. AG-Liste)
- 15:30-16:00 Pause
- 16:00-18:00 Arbeitsgruppen I (Erster Durchgang)
- ab 18:00 Gelegenheit zum Abendessen anschließend Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen in angenehmer Atmosphäre.

Samstag, 13. November 2010

- 09:00-11:00 Arbeitsgruppen II (Zweiter Durchgang, Angebot wie Freitag)
- 11:20-12:00 Plenum Austausch von Erfahrungen aus den Arbeitsgruppen
- 12:00-13:00 Gelegenheit zum Mittagessen
- 13:00-14:00 Vortrag Dr. Ernst Rösner, IFS Institut für Schulentwicklung, Uni Dortmund
- 14:00-14:30 Diskussion
- 15:00-18:00 Bundes-Mitgliederversammlung

Arbeitsgruppen

Institution	AG-Leiter	Thema
1 Ev. Schule Zentrum Berlin	Anna Winterscheidt	Lernbüro
2 Fritz-Karsen-Schule Berlin	Bernd Roswadowski, Hendrick Schneider	NFTE: Schüler entwickeln eigene Geschäftsideen
3 Heinrich-von-Stephan-Schule Berlin	SchülerInnen und KollegInnen der H.v.S.	GRUNDWISSEN – Basiskompetenzen – Deutsch
4 Sekundarschule Bürglen (Thurgau/Schweiz)	Rolf Schönenberger	Selbstständiges Lernen in Lernlandschaften – die Rolle der Lehrpersonen
5 Schulverbund Pustertal (Südtirol)	Ingrid Mair	Materialpakete für das selbständige Lernen – und wie wir damit umgehen
6 Offene Schule Waldau Kassel	Achim Albrecht	Selbstständiges Lernen im Fach FL (Freies Lernen) – und anderswo
7 Max-Brauer-Schule Hamburg	Regine Bondick	Selbstständiges Lernen
8 Gesamtschule Winterhude Hamburg	Birgit Xylander	Projektarbeit
9 Jenaplanschule Jena	Gisela John, Britta Müller	Projektlernen in altersgemischten Stammgruppen (Jg. 7 bis 9)
10 EU-Mail-Projekt	Anne Ratzki, Rainer Kopp	Auf dem Weg zu einer Lernkultur, die vom Individuum ausgeht
11 Gesamtschule Friedenstal Herford	Birgit Ebel, Yeliz Ciftci, Petra Bettin, Carsten Frodermann	Lernstudio für die Älteren – Lernwerkstatt für die Jüngeren
12 Laborschule Bielefeld	Annelie Wachendorff, Uli Hartmann	Jahrgangsübergreifendes Lernen in der Gesamtschule
13 Fridtjof-Nansen-Schule (IGS Flensburg)	Jochen Arlt, Renate Buschmann	Lernkompetenz fördern, damit selbst-ständig Lernen gelingt

Die GGG: Ziele und schulpolitische Wirklichkeit

Ausgelöst durch eine Debatte im GGG-Landesverband Nordrhein-Westfalen hat die Mitgliederversammlung 2009 in Hamburg den Hauptausschuss einschließlich des Bundesvorstandes beauftragt, Positionen und Kriterien zur Beurteilung schulpolitischer Entscheidungen zu erarbeiten und sie der Mitgliederversammlung 2010 vorzulegen. Im Vordergrund standen hierbei die Entwicklungen und Diskussionen in einigen Bundesländern zur sogenannten Zweigliedrigkeit. Die ausführliche Diskussion beim Hauptausschuss im März 2010 zeigt

deutlich, dass es praktisch ausgeschlossen ist, Maßnahmen / Entscheidungen / Entwicklungen als grundsätzlich richtig oder falsch einzustufen. Dafür geht die Entwicklung in den verschiedenen Bundesländern von zu unterschiedlichen Situationen aus und verläuft zu wenig synchron. Wichtig ist für die Beurteilung, ob eine Maßnahme in dem jeweiligen Bundesland ein Schritt in Richtung eines integrierten Schulsystems ist, ob das längere gemeinsame Lernen im Umfang (Dauer und Anzahl der betroffenen Schüler/innen) zunimmt und inhaltlich gestützt

wird, ob im Bildungssystem Benachteiligte weniger diskriminiert werden. Und so kann es denn passieren, dass die GGG eine ähnliche Maßnahme in einem Bundesland als Rückschritt ablehnt, in einem anderen aber als Fortschritt begrüßt, ohne dass dies ein wirklicher Widerspruch wäre.

Der Hauptausschuss hat eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung einer entsprechenden Position beauftragt. Das Ergebnis wird hier veröffentlicht. Der Bundesvorstand hat ihm bereits zugestimmt. Diese Position kann nun bis zur Mitgliederversammlung im November in den Landesverbänden diskutiert und im Hauptausschuss sowie in der Mitgliederversammlung beraten und verabschiedet werden.

Antrag für die Bundes-Mitgliederversammlung am 13. 11. 2010 – Antragsteller BV (und HA)

Einschätzung bildungspolitischer Entwicklungen

Die Situation

Nach längerer Abstinenz in Fragen der Schulstruktur ist in jüngster Zeit (Stand Herbst 2010) erhebliche Bewegung in die bildungspolitische Debatte gekommen. Dabei gestalten sich die Entwicklungen in den Bundesländern uneinheitlich und unübersichtlich. Eine starke Ungleichzeitigkeit sowie Unterschiede bei Einzelregelungen und beim verwendeten Vokabular prägen die Situation. Dennoch sind gemeinsame Tendenzen zu erkennen, u. a.:

- Heute gibt es Gesamtschulen oder ähnlich arbeitende Schulen – hiermit sind Schulen gemeint, die grundsätzlich alle Schüler aufnehmen, zu allen Abschlüssen führen und entsprechende Lernangebote machen – in allen Bundesländern; ihre langfristige Existenz ist nicht überall gesichert (z. B. Sachsen). Der Anteil dieser Schulen reicht von Einzelfällen (Bayern (2), Baden-Württemberg (3), Sachsen (9), Sachsen-Anhalt (4), Thüringen (7)) künftig bis zu über 50 % der Schulen des Sekundarbereichs (Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein, Saarland) und deutlich mehr (Bremen).
- In einigen Bundesländern stagniert der Anteil integrativ arbeitender Schulen (Brandenburg, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt). Allerdings haben sich insbesondere in Baden-Württemberg und Bayern Initiativen Gehör verschafft, die längeres gemeinsames Lernen einfordern.
- In den anderen Bundesländern (Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Saarland, künftig Thürin-

gen) steigt – in unterschiedlichem politischem Kontext – der Anteil integrativ arbeitender Schulen.

- In zwei Bundesländern (Niedersachsen, bisher Nordrhein-Westfalen) gibt es eine Welle örtlicher Initiativen zur Gründung von Gesamtschulen, bei denen zum Teil erhebliche Interessensunterschiede zwischen Region und Land manifest werden. Trotz massiver Behinderungen durch die Landesregierungen waren und sind viele dieser Initiativen erfolgreich.
- In anderen Bundesländern (Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Saarland, Thüringen, seit Kurzem NRW) erfolgt die schulstrukturelle Umgestaltung als Teil der Regierungspolitik.
- In sieben Bundesländern (Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) gab es bisher schon keine klassischen Haupt- und Realschulen (mehr). Nun kommen weitere vier Bundesländer hinzu (Berlin, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein), in denen diese Schulen in additiven oder integrierten Systemen aufgehen.
- In vier Bundesländern (Berlin, Bremen, Hamburg, Saarland) umfassen alle diese Schulen auch den Weg zum Abitur als Grundbestandteil ihrer Konzeption. Damit führen dort alle Schulen der Sekundarstufe zum Abitur. Das Monopol der Gymnasien auf das Abitur ist damit endgültig aufgehoben.
- Meist dürfen die Gymnasien – zumindest ab Jahrgang 8 – dann auch keine Schüler mehr abschulen, die Gymnasien werden also auch Haupt- und Realschulabschlüsse zu vergeben haben. In

den betreffenden Bundesländern werden künftig alle Schulen der Sekundarstufe alle Abschlüsse vergeben, in den meisten Bundesländern bisher ein Merkmal nur der Gesamtschulen.

- In diesen Bundesländern wird es nach Abschluss der Umwandlung in der Sekundarstufe I mehr integrative Schulen als Gymnasien geben, der größere Teil der Schüler besucht dann integrative Schulen. Das führt zu der Frage, welche spezifische Aufgabe eigentlich das Gymnasium erfüllt neben der Schule, die grundsätzlich alle Schüler aufnimmt und zu allen Abschlüssen führt.

Andererseits

- ist zwar in keinem Bundesland die Existenz der Grundschule als integrative Schulform gefährdet, aber hier und da wird versucht, in ihr selektive Elemente zu verstärken,
- wird in keinem Bundesland ernsthaft die systematische Einbeziehung des Gymnasiums in die integrative Schule verfolgt,
- wurde in keinem Bundesland bisher die Entwicklung zu einem wirklich inklusiven Schulsystem konsequent eingeleitet.

Wie wir damit umgehen

Die GGG fördert die Idee des gemeinsamen Lernens und unterstützt alle Schulen, die diesem Ziel verpflichtet sind. Die GGG beurteilt konkrete Maßnahmen danach, ob sie Schritte hin zu einer gemeinsamen Schule für alle, Schritte zur Gestaltung eines Schulsystems ohne Aussonderung sind. Das bezieht die Ausgangsposition im jeweiligen Bundesland ein: So könnte dieselbe Entscheidung (z. B. neben dem Gymnasium nur additiv arbeiten-

de Gesamtschulen zuzulassen) in einem Bundesland (z.B. Bayern) ein Fortschritt sein, in einem anderen Bundesland (z.B. Nordrhein-Westfalen) jedoch ein Rückschritt.

Wir achten bei der Beurteilung bildungspolitischer, insbesondere schulstruktureller Maßnahmen, darauf, dass sie dazu beitragen,

- die Idee der humanistischen demokratischen Gesellschaft für Ziele und Verfassung der Schule wirksam werden zu lassen,
- internationale Menschen- und Kinderrechte zu respektieren und zu realisieren,
- den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken,
- das Bildungsniveau für alle zu heben und den Anteil der Schulabsolventen ohne Abschluss zu reduzieren und damit die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der Herkunft zu reduzieren.

Das heißt für uns im Einzelnen,

- dass die Zahl der Schüler/innen zunimmt, die eine integrative Schule besuchen,
- dass der zeitliche Umfang des Besuchs integrativer Schulen zunimmt, bis er die Pflichtschulzeit umfasst,
- dass integrative Schulen ein vollständiges Bildungsangebot erhalten, also einschließlich des Weges zum Abitur,
- dass das Bildungsangebot, das zum Abitur führt, in integrativen Schulen und Gymnasien tatsächlich gleichwertig ist. Das bedeutet insbesondere
 - gleiche curriculare Vorgaben einschl. gleicher Lernstandserhebungen und gleicher Prüfungsanforderungen,
 - gleiche Zugangsbedingungen zur Oberstufe,
 - gleiche Berechtigungen, die mit dem Abitur an integrativer Schule und Gymnasium erworben werden,
 - die Zulässigkeit des verkürzten Durchlaufs zum Abitur auch in integrativen Schulen (nicht jedoch die Verpflichtung dazu) (am besten durch Regelungen zum individuellen Durchlauf).
- dass finanzielle, personelle und räumliche Ausstattungen der Schulen abhängig von den übernommenen/übertragenen Aufgaben und ihrem pädagogischen Anspruch sind. In diesem Sinne sind für uns pädagogisch anspruchsvollere Aufgaben
 - die heterogene Lerngruppe (statt der homogenen),
 - die Beschulung einer möglichst bevölkerungsrepräsentativen Schülerschaft (statt der Auslese Privilegierter),
 - die Integration/Inklusion aller (einschl. der Kinder mit Behinderungen) (statt der exklusiven Schule),
 - die Respektierung der Individualität des Lernens jedes Kindes und Jugendlichen als Grundlage der Lernorganisation (statt eines an Pensen und Gleichschritt orientierten Unterrichts),

- die präventive individuelle Förderung (statt des Sitzenlassens),
- die Verantwortungsübernahme für einmal aufgenommene Schüler (statt des Schulverweises wegen minderer Leistungen),
- die Gestaltung eines ganztägigen abwechslungsreichen Lern- und Lebensraumes (statt einer Häufung von verbindlichem Unterricht am Vormittag und unverbindlicher Freizeit danach),
- dass Schulen des gegliederten Systems, die sich zu integrativen Schulen entwickeln wollen, Unterstützung erfahren und nicht benachteiligt werden,
- dass solche Maßnahmen, an denen nur der gegliederte Teil des Schulsystems interessiert ist, nicht zu Lasten der integrativ arbeitenden Schulen gehen oder von integrativ arbeitenden Schulen geleistet werden müssen, z. B.
 - die Erstellung von Gutachten über den Besuch der Schulart der Sekundarstufe durch die Grundschule,
 - die Pflicht zur Aufnahme von Schülern, die von Schulen des gegliederten Systems aus

Leistungsgründen verwiesen wurden,

- dass Lehrer an integrativ arbeitenden Schulen gegenüber Gymnasien nicht benachteiligt sind, z. B.
 - beim Gehalt,
 - bei der Anzahl der zu leistenden Unterrichtsstunden,
- dass Lehrer an integrativen Schulen gleiche Arbeitsbedingungen haben, gleichgültig aus welcher Laufbahn sie stammen, z. B.
 - gleiche Deputate,
 - gleichen Zugang zu Beförderungstellen.

Die GGG bietet allen Personen und Institutionen in Schule, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Medien ihre Expertise an und fordert sie auf, sich gemeinsam für ein dem demokratischen Menschenbild verpflichtetes Schulsystem ohne Aussonderung einzusetzen. Die GGG ist eine Verbündete all jener, mit denen sie sich in dieser Zielsetzung einig weiß.

Für die AG: Werner Kerski, Kalle Koke, Bernd Roswadowski, Lothar Sack

WERNER KERSKI

GGG-Akademie

Motivation für Schulleitungsaufgaben und Fortbildungen von Schulleitungen

Während der Bundesarbeitsstagung in Berlin soll die GGG-Akademie als Träger bundesweiter Fortbildungen gegründet werden. Wir streben an, die Aktivitäten aus den Landesverbänden untereinander und mit den Bundesaktivitäten zu vernetzen und damit allen Interessenten bundesweit zugänglich zu machen. Diese Bündelung soll zudem die Attraktivität der GGG erhöhen.

Ein aktueller Schwerpunkt der Arbeit wird auf der Motivation und der Orientierung für Schulleitungen an Gesamtschulen liegen. In vielen Bundesländern wird es zunehmend schwieriger, geeignete Bewerber/innen für Schulleitungsaufgaben zu finden. Dabei gilt es, Gesamtschullehrer/innen für die Übernahmen von Schulleitungsfunktionen zu motivieren, Funktionsträger (Schulleitungsmitglieder, Fachleiter, usw.) für die Funktion der/des Schulleiters/in zu interessieren und bestehende Schulleitungen durch Fortbildung und Coaching zu begleiten. Übergeordnetes Ziel des Fortbildungsangebots

ist es, gesamtschulspezifische Haltungen und Visionen zu entwickeln und die Kompetenzen zu erwerben, die zum Erreichen der Haltungen und Visionen hilfreich sind. Die Bundesarbeitsgruppe *Schulleitung* erarbeitet dazu ein modulares Konzept. Teil des Konzepts sind auch Hospitationen z. B. in Skandinavien, bei denen Kultur und Organisation von Schulen und die Arbeit der Schulleitungen in diesen Ländern im Mittelpunkt stehen. Dieses Konzept wird ebenfalls auf der Bundesarbeitsstagung im November vorgestellt. Erfahrungen aus den Bundesländern, insbesondere aus Hessen und NRW, fließen in das Konzept ein. Die Fortbildung selbst findet dann vor Ort in den Bundesländern statt. Die konkrete Durchführung ist im Hinblick auf die Situation im jeweiligen Bundesland und den dort vorhandenen Fortbildungsstrukturen von den GGG-Landesverbänden zu klären. Der erste regionale Auftakt soll bereits im Februar 2011 stattfinden.